

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

7. Sitzung
16. Mai 2022

Beginn: 09.07 Uhr
Schluss: 12.16 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Alexander Herrmann (CDU), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0025](#)
InnSichO
Die Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2021
(PKS/PMK)
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0030](#)
InnSichO
Polizeiliche Kriminalstatistik 2021
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Ich rufe auf

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Hassgewalt und Queerfeindlichkeit
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0028](#)
InnSichO

Hierzu: Anhörung

Als Teilnehmer unserer Anhörung – Sie haben schon viel Geduld bewiesen! – begrüße ich recht herzlich Herrn Bastian Finke, Leiter von MANEO, und Herrn Christopher Schreiber, Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbands Berlin-Brandenburg e. V. Digital zugeschaltet ist uns zudem Frau Anne von Knoblauch aus dem LKA. – Herzlich willkommen hier vor Ort und am Monitor daheim bzw. bei der Arbeit! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich sehe Zustimmung und würde als Vorschlag in die Runde geben, dass wir uns zunächst die beiden Anzuhörenden im Raum anhören und danach die per Video zugeschaltete Vertreterin der Polizei Berlin ihre Stellungnahme abgeben kann. – Auch dazu sehe ich Ihre Zustimmung. Dann werden wir so verfahren und machen im Anschluss die Fragerunde.

Wünschen die einreichenden Fraktionen die Begründung des Besprechungsbedarfs? – Bitte sehr, Herr Franco!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das Thema schließt sich gut an, wenn wir über die polizeiliche Kriminalstatistik und die politisch motivierte Kriminalität sprechen. Wir haben in Berlin, die wir uns als Stadt der Freiheit und Vielfalt verstehen, eine sehr große LSBTI-Community und, wie das nun mal so ist, ist auch diese Community von Gewalt und Hasskriminalität betroffen. Als Koalitionsfraktionen wollen wir dieses Thema nicht nur in der allgemeinen Debatte aufgreifen, sondern dem auch hier im Innenausschuss Raum geben. Morgen findet der IDAHOBIT statt. Für alle, die in der queeren Community nicht so vernetzt und informiert sind: Das ist der internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit. Aus diesem Anlass haben wir gedacht, der heutige Tag, ein Tag davor, ist gut geeignet, im Innenausschuss erstens über dieses Thema zu sprechen und zweitens das nicht nur miteinander und mit der Senatsverwaltung zu tun, sondern auch mit Vertreterinnen und Vertretern der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Berliner Polizei, die in diesem Bereich auch bereits sehr viel tut. Wir freuen uns auf die Informationen, die wir von Ihnen heute bekommen, um die für unsere Arbeit mitzunehmen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank für die Begründung! – Dann bitte ich unsere Anzuhörenden im Raum zu beginnen. – Herr Finke, bitte sehr!

Bastian Finke (Leiter von MANEO – Das schwule Anti-Gewalt Projekt in Berlin): Schönen guten Tag! Sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier heute zu Ihnen sprechen zu dürfen! Mein Name ist Bastian Finke. Ich leite seit 32 Jahren MANEO – Das schwule Antigewaltprojekt in Berlin. MANEO ist eine Fachstelle, die sich mit Vorurteils kriminalität gegen schwule sowie männliche bisexuelle und queere Menschen

beschäftigt. MANEO ist ein eigenständiges Projekt in Trägerschaft vom Mann-O-Meter e. V., teilgefördert von der Senatsverwaltung für Justiz. Noch mal in Erinnerung rufend: Wir haben für diese Tätigkeit 4,7 Stellen und zusätzlich aus Mitteln des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg für die Tätigkeit als Nachtbürgermeister im Regenbogenkiez 1,2 Stellen. Die wichtigsten Ressourcen für uns bleiben das Ehrenamt – allein 50 Helferinnen und Helfer haben uns im letzten Jahr unterstützt – und Spenden. Wir sind in vier Kernbereichen tätig; einmal ist da die professionelle Opferhilfearbeit. Wir sind die Einzigen mit dem genannten besonderen Fokus, das heißt, zielgruppenspezifisch, bedarfsorientiert, niedrigschwellig, szenenah. Wir kooperieren mit diversen Fachstellen, unter anderem mit unserem Partnerinnenprojekt L-Support, die den gleichen Fokus auf lesbische, bisexuelle und queere Frauen haben. Zweitens: Wir sind ein Projekt, das Gewalt erfasst. Wir sind zum Dritten ein Gewalt- und Kriminalitätspräventionsprojekt, und viertens sind wir im Bereich des Empowerments tätig.

Hassdelikte gegen LSBTIQ ereignen sich in Berlin jeden Tag. Allein im August 2021 sind zwölf Fälle über die Polizeipressestelle gemeldet worden, die sich innerhalb von nur vier Wochen in Berlin ereignet hatten, darunter Schläge und Tritte, zweimal dreifach gebrochene Kiefer und eine drohende Erschießung. Allen Fällen war gemein, dass die Personen angegriffen wurden, nur weil sie in der Öffentlichkeit sichtbar geworden sind. Doch nicht alle Fälle werden gemeldet. Das Dunkelfeld ist weiter sehr hoch; wir schätzen es auf 80 Prozent bis 90 Prozent. Dagegen bemühen wir uns von MANEO vorzugehen. Wir versuchen, Vertrauen zu schaffen und aufzuklären. Wir haben dazu ein wirkungsvolles Format entwickelt. Dabei ist von großer Relevanz, dass wir eine in den LSBTIQ-Szenen fest verordnete Fachstelle sind. Wir bieten uns Betroffenen als spezifische Opferhilfeberatungsstelle an. – Das zum einen. Im letzten Jahr standen wir mit 806 Betroffenen in Kontakt. Manchmal geht es nur um Informationen, oft um Hilfestellung und um mehr. Zu uns kommen Menschen mit akuten Erlebnissen und mit Biografien, die mit zahlreichen erlebten Ausgrenzungs-, Diskriminierungs- und auch Gewalterfahrungen durchzogen sind. Wir hören zu, informieren, stabilisieren, beraten, vermitteln und begleiten.

Zweitens: Wir bieten uns Betroffenen als Meldestelle an. Im letzten Jahr wurden uns 731 Fälle und Hinweise zugetragen. Hinweise erfassen wir unter anderem im Rahmen unserer aufsuchenden gewaltpräventiven Arbeit vor Ort und regionalen Vernetzungsarbeit. Trotz aller unserer Aktivitäten sind wir auf die Zuarbeit von Betroffenen, Zeugen und anderen Stellen angewiesen, weil uns nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung gestellt sind.

Drittens: Wir tauschen unsere Expertisen regelmäßig mit der Polizei aus. Der Austausch ist wichtig, weil erstens nicht immer die Spezifik der Phänomene erkannt wird, sich zweitens Betroffene von Beamtinnen und Beamten immer noch nicht ernstgenommen fühlen und drittens sich viele Betroffene noch immer zurückhalten, Vorfälle zu melden, weil sie sich überfordert fühlen oder weil sie skeptisch gegenüber Strafverfolgungsbehörden eingestellt sind. Der Austausch unterstützt Wissenstransfer, auch mit Nutzen für die Schulungsarbeit. Seit 25 Jahren ist MANEO in die Schulungsarbeit an der Polizeiakademie eingebunden.

Viertens: Das Arbeitsformat hat bisher dazu beigetragen, dass wir in Berlin – da schließe ich die Zahlen der Polizei mit ein – Fälle erfolgreicher als alle anderen Bundesländer zusammen erfassen konnten. Das zeigt die jüngste BKA-Statistik: Rund die Hälfte der dort aufgeführten Fälle stammt aus Berlin. Die Zahlen wachsen langsam. Auch aus diesem Grund wünschen wir

uns zukünftig weniger Gießkanne und mehr Verstärkung der erfolgreichen Projektarbeit, eben auch von MANEO.

Doch jetzt haben sich uns unerwartet Hürden in den Weg gestellt. Darüber hat heute auch die „Berliner Zeitung“ berichtet. Anfang 2021 hat der Datenschutzbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft den Austausch statistischer, anonymisierter Eckinformationen von LSBTIQ-bezogener Hassgewalt zwischen der Polizei und MANEO aus datenschutzrechtlichen Gründen untersagt. Ein erfolgreiches Format, das 25 Jahre lang anstandslos funktioniert hat und von der Polizei als sinnvoll und gut erachtet wird, kann jetzt nicht mehr fortgesetzt werden. Die Austauschsperrung betrifft übrigens auch die Berliner Registerstellen, ReachOut und die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus in Berlin, die sich gesondert zu diesem Problem zu Wort melden wollen.

Erfolgreich und sinnvoll war der bisherige Austausch für MANEO aus drei Gründen. Erstens: Vermeidung von Doppelzählungen in unserer Jahresstatistik; zweitens: Austausch über Kriterien und Phänomene; und Verstärkung gewaltpräventiver Maßnahmen in spezifischen Delikt-bereichen, teils auch kurzfristig und anlassbezogen.

Ich komme zum Schluss: Mit der Auskunftssperre droht unserer aufgebauten Vertrauensarbeit Schaden. Der Austausch machte bisher einen bundesweit einmaligen Leuchtturmcharakter aus, war Ausdruck und Beleg für erfolgreiche und funktionierende Partnerschaft. Wir konnten in den Szenen um Vertrauen für die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden werben. Unser Format hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Anzeigebereitschaft in Berlin kontinuierlich zugenommen hat. Wir brauchen Ihre Unterstützung. Uns fehlen der Abgleich und vor allem die Gespräche und Diskussionen mit der Polizei über Phänomene, spezifische Deliktbereiche und vorausschauende gewaltpräventive Maßnahmen. Mit der Auskunftssperre wird ein fatales Zeichen gesetzt, auch vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung 2020 verabschiedeten Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, mit dem geradezu eine Institutionalisierung und Stärkung des fachlichen Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden gefordert wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Finke! Auch wenn es etwas länger war als die angesetzten und erbetenen fünf Minuten, vielen Dank! – Ich bitte Herrn Schreiber mit Blick auf die Uhr – es gibt schon die ersten Wortmeldungen und eine Anzuhörende folgt Ihnen –, sich an den fünf Minuten zu orientieren. Vielen Dank! – Herr Schreiber!

Christopher Schreiber (Geschäftsführer Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg e. V.): Das will ich sehr gern machen, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Ich freue mich sehr, dass Sie sich heute auch angesichts der vollen Tagesordnung die Zeit nehmen, sich mit dem Thema Queerfeindlichkeit und Hasskriminalität zu befassen. Morgen ist der internationale Tag gegen Homo- und Transfeindlichkeit, das wurde schon gesagt, und die Community wird wieder mit sehr vielfältigen Aktionen auf das Thema Gewalt gegen queere Menschen in unserer Stadt aufmerksam machen. Ich denke, die soeben vorgestellten Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik und die Ausführungen von Herrn Finke haben deutlich gemacht, wie zentral dieses Thema auch für Sie als Gesetzgeber ist.

Leider sind wir aus den letzten Jahren daran gewöhnt, dass die von der Polizei und MANEO erfassten Fälle im Bereich queerfeindlicher Gewalt Jahr um Jahr steigen. Der Anstieg der

Fallzahlen von 2020 auf 2021 um 22 Prozent ist jedoch besorgniserregend hoch, zumal die anderen Fallzahlen der PMK in dem Jahreszeitraum abgenommen haben. Wie jedes Jahr stellt sich hier die Frage nach den Ursachen.

Die Berliner Polizei verweist im MANEO-Report 2020 darauf, dass sie den Anstieg der Fallzahlen weniger in der tatsächlichen Steigerung der Kriminalität vermutet als vielmehr in der verbesserten Anzeigebereitschaft und einer verbesserten Wahrnehmung seitens der Polizei. Ich muss sagen, dass ich diese Einschätzung aus unserer communitybasierten Arbeit durchaus teilen kann. Das Dunkelfeld ist mit geschätzten 80 Prozent bis 90 Prozent aber trotzdem weiterhin sehr hoch. Umso schwieriger ist es deswegen, die heute vorgestellten Zahlen und vor allem den darin dokumentierten Anstieg zu interpretieren, und zwar so, dass sich daraus wirkungsvolle Gegenstrategien entwickeln lassen, angefangen bei der Prävention bis hin zum Opferschutz.

Ich möchte deswegen heute zwei Handlungsempfehlungen skizzieren, die uns in der Zukunft hoffentlich dabei helfen können, die Zahlen zu interpretieren und einzuordnen. Erstens möchte ich auf die fehlende länderübergreifende Vergleichbarkeit aufmerksam machen: Mit Ausnahme von Berlin veröffentlicht kein Bundesland kontinuierlich die gemeldeten Zahlen. Entsprechend stellen die Berliner Fälle, das wurde gesagt, regelmäßig ein bis zwei Drittel der vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Zahlen dar. Es lässt sich also nicht feststellen, ob Berlin, wie manchmal gern behauptet wird, tatsächlich ein Hotspot queerfeindlicher Gewalt ist. Das Land Berlin – mein Appell – sollte sich deswegen weiterhin für ein umfassendes Bund-Länder-Programm gegen queerfeindliche Gewalt in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat starkmachen. Wir begrüßen es sehr, dass auf Initiative des Landes Berlin das Thema auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz gesetzt wurde.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass in Deutschland darüber hinaus weiter eklatante Forschungslücken bestehen. Als positive Ausnahme möchte ich das Berliner Monitoring trans- und homophobe Gewalt hervorheben, das sich in seiner ersten Ausgabe schwerpunktmäßig dem Thema lesbenfeindliche Gewalt gewidmet hat. Demnach weisen die Gewalterfahrungen von lesbischen und bisexuellen Frauen Besonderheiten auf, die durch das polizeiliche Erfassungssystem bisher nicht richtig berücksichtigt werden können. Das zeigt sich in jedem Jahr insbesondere wieder daran, dass die in Berlin gemeldeten Zahlen weit überwiegend männliche Geschädigte erfassen, was aber nicht heißen soll, dass lesbische und bisexuelle Frauen weniger von Gewalt betroffen sind. Vielmehr zeigt sich hier eine starke Verschränkung von Lesbenfeindlichkeit und Sexismus, was die Einteilung der Fälle in die bisher polizeilich erfassten Tatbestände erschwert. Deswegen möchte ich dafür werben, dass Gewaltberatungsstellen wie MANEO und L-Support gestärkt und die Erfassungssysteme vor allem im Hinblick auf die Überlagerung von verschiedenen Vielfaltsdimensionen kontinuierlich reformiert werden.

Lassen Sie mich abschließend ganz kurz auf das Thema Prävention eingehen: In der IGSV finden wir im Handlungsfeld 1 „Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen“ als erste von über 100 Maßnahmen „Prävention früh ansetzen in Schule und Jugendarbeit“. Als Vertreter eines Trägers, der über 200 Workshopeinheiten im Jahr in Berliner Schulen anbietet, kann ich wirklich nur unterstreichen, wie wichtig diese Arbeit ist, und deswegen, das muss ich an dieser Stelle ganz klar sagen, ist es mir unverständlich, dass nach dem aktuellen Haushaltsentwurf gerade in dem Bereich massiv gekürzt werden soll. Betroffene

ne Träger sind nach meiner Kenntnis unter anderem das Jugendnetzwerk Lambda, die Berliner Aids-Hilfe sowie BiKo Berlin. Wir erfassen Queerfeindlichkeit aus gutem Grund als politisch motivierte Hasskriminalität, und zwar deswegen, weil sie immer auch eine demokratiefeindliche Wirkung hat. Ich denke, dass da, wo Demokratiefeindlichkeit herrscht, mit mehr Demokratiebildung reagiert werden muss, und deswegen ist mein abschließender Appell an Sie, dass Sie sich auch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bildungsausschuss noch mal darüber Gedanken machen, ob diese Kürzungen wirklich notwendig sind. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Rückfragen gern zur Verfügung! Danke!

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Schreiber! – Das war auf den Punkt. Vielen Dank dafür! – Ich hatte eben gesagt, wir hören als dritte Anzuhörende Frau von Knoblauch, die Ansprechperson der Berliner Polizei an. Die Innensenatorin hat mir aber signalisiert, dass sie einen Anstusstermin hat, uns Punkt 12 Uhr verlassen muss und hat gebeten, vorab das Wort zu bekommen. Dieser Bitte komme ich für die Stellungnahme gern nach. – Bitte sehr, Frau Innensenatorin!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Ich bedanke mich, Herr Vorsitzender! Weil ich im Rahmen des Projekts „Jüdisches Leben und Polizei“ gemeinsam mit der Polizei eine Stele einweihen, muss ich pünktlich los, denn ohne mich fängt es nicht an.

Zur Auskunftssperre: Herr Finke, das sehe ich genauso wie Sie. Wir brauchen diesen Austausch. Dazu werden mein Staatssekretär und die Polizeipräsidentin nachher noch etwas sagen, aber nur für Sie schon mal: Natürlich muss es einen Austausch, so wie wir das vorher mal gemacht haben, geben, vor allen Dingen, weil Berlin in diesem Bereich sehr vorbildlich ist. Das möchte ich ganz deutlich sagen. In der 215. Sitzung der IMK hat gerade Berlin einen umfangreichen Beschlussvorschlag zum Beratungspunkt „Homophobie und transfeindliche Gewalt bekämpfen“ eingebracht. Das haben wir als Berliner gemacht, und damit wurde zunächst dargelegt, dass die Polizeien des Bundes und der Länder bereits umfangreiche Maßnahmen getroffen haben, insbesondere Berlin, um gegen LSBTI-feindliche Straftaten vorzugehen.

Gleichwohl, und das habe ich am Anfang gesagt, gibt es darüber hinausgehenden Handlungsbedarf: Wir haben das Bundesinnenministerium, mit dem ich sehr eng in Verbindung stehe, gebeten, ein unabhängiges Expertengremium aus Wissenschaft und Praxis unter Einbindung von Expertinnen und Experten der LSBTI-Gemeinschaft einzurichten. Das ist uns sehr wichtig, um konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten für Aus- und Fortbildung, Beratungs- und Kontaktangebote für Opfer, für themenbezogene Öffentlichkeitsarbeit, Präventionsmaßnahmen der Polizeien und natürlich für die Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden sowie die Dunkelfelddarstellung; das haben wir vorhin in der Auswertung schon gehabt.

Wir sind in Berlin wirklich Vorreiter bei vielen Sachen. Wenn man sich die Geschichte noch mal anguckt: Seit knapp drei Jahrzehnten verfügt die Polizei Berlin über eine hauptamtliche Ansprechperson für LSBTI, seit 2006 über eine zweite hauptamtliche Ansprechperson LSBTI, die insbesondere als Ansprechpartnerin für Belange lesbischer Frauen fungiert; Sie haben es gerade gesagt. Seit 2012 existieren bei der Staatsanwaltschaft Berlin ebenso zwei Ansprechpersonen. In Berlin ist das Themenfeld rund um LSBTI-feindliche Gewalt fester Bestandteil der polizeilichen Lehr- und Studienpläne – darüber habe ich mich persönlich informieren lassen, gerade im Vorfeld unserer Anhörung – sowie polizeilicher Fortbildungsange-

bote. Deshalb wollte ich am Anfang eine kurze Darstellung geben, bevor meine Kollegin aus dem LKA das macht, weil ich es sonst eventuell nicht mehr sagen kann, mir das aber sehr wichtig ist. – Danke schön!

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Frau Polizeipräsidentin!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Ich will nur ergänzen, dass ich auch genau diesen Termin wahrnehmen muss, wenngleich er auch ohne mich beginnen würde, aber ich würde ihn sehr gern wahrnehmen, und er ist auch sehr wichtig. Ich weiß aber, dass Frau von Knoblauch uns hier umfassend vertreten kann. Sie arbeitet in dem Feld mit einem wahnsinnigen Engagement und ganz viel Herzblut. Deswegen habe ich gar keine Sorge, wenn ich das jetzt Frau von Knoblauch überlasse. Das wollte ich nur sagen. – Danke!

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank für die einleitenden Worte, Frau Polizeipräsidentin! – Lange haben Sie gewartet, digital zugeschaltet, Frau von Knoblauch. Ich bitte auch Sie, die fünf Minuten ein bisschen im Blick zu behalten. Ich werde nachher einen sitzungsleitenden Vorschlag unterbreiten, wie wir hier mit Blick auf die Uhr fortfahren. – Bitte sehr!

Anne von Knoblauch (LKA PräV 1; Ansprechperson der Polizei Berlin für LSBTI) [zugeschaltet]: Guten Tag ins Abgeordnetenhaus! Die Senatorin und Frau Dr. Slowik haben es eben schon ausgeführt: Unsere Stelle gibt es schon seit 30 Jahren bei der Polizei Berlin, so sie auch jetzt anders heißt als vor 30 Jahren. Ich bekleide dieses Amt seit 2017, bin also im fünften Jahr hauptamtliche Ansprechperson für LSBTI bei der Polizei Berlin. In diesen letzten fünf Jahren hat sich eine ganze Menge getan. Die Fallzahlen der Straftaten nehmen zu. Wir sehen das nicht ganz so kritisch; wir finden, es ist ein toller Erfolg, auch unserer Arbeit, dass die Anzeigenbereitschaft immer weiter steigt. Wir klären in Szenebezirken auf, wo sich LSBTI-Menschen treffen, wo Veranstaltungen und Straßenfeste stattfinden. Der Christopher Street Day ist auch immer eine gute Gelegenheit, auf unsere Arbeit bei der Polizei aufmerksam zu machen und zu erwähnen, dass man Anzeigen auch im Internet aufgeben kann und dazu nicht immer auf eine Polizeiwache muss. Viele Menschen haben Angst, mit den Kollegen auf Polizeiabschnitten ins Gespräch zu kommen.

Wir bedauern ebenfalls, dass der Datenaustausch, mit MANEO beispielsweise, im Moment nicht stattfinden kann. Uns fehlt natürlich auch dieser Austausch mit Herrn Finke, mit MANEO. Herr Finke vorhin gesagt, MANEO hat 731 Fälle im Jahr 2021 registriert, die Polizei ist bei 525 Fällen – hier sieht man, dass man die Aufklärung von unserer Seite weiter verstärken muss und wir weiter im Austausch bleiben müssen.

Wir haben natürlich erkannt, dass wir als Polizei Berlin Straftaten erkennen müssen. Deswegen werden die Nachwuchskräfte der Polizei Berlin – die Möglichkeit besteht für alle Schülerinnen und Schüler, alle Studentinnen und Studenten – von uns als Ansprechpersonen für LSBTI an der Polizeiakademie beschult: Was bedeutet überhaupt LSBTI? Wie gehe ich mit Transmenschen um? Gibt es Besonderheiten bei Transmenschen? Muss ich auf irgendetwas besonders achten? Wie erkenne ich Hasskriminalität, wenn sie gegen die sexuelle Orientierung beziehungsweise geschlechtliche Identität geht? – Hier ist es sehr wichtig, dass wir diese Seminare haben, und die gibt es nicht nur in der Ausbildung beziehungsweise im Studium,

sondern die gibt es auch auf Polizeiabschnitten, auf Einsatzhundertschaften. Dort klären wir ebenfalls über diese Phänomenologie auf, indem wir die Hasskriminalität ganz besonders in den Fokus rücken. – Ich würde sagen, damit habe ich die Zeit auch nicht überschritten und bedanke mich, dass ich heute Teil dieser Sitzung sein darf.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Frau von Knoblauch, für die kurzen Ausführungen zur polizeilichen Arbeit! – Ich würde jetzt mit Blick auf die Uhr – wir sind kurz vor dem anberaumten Sitzungsende – den Vorschlag unterbreiten, dass wir jetzt pro Fraktion eine Minute konkrete Fragen stellen, wenn es die geben sollte. Wir haben sonst das Problem, dass wir die Anzuhörenden, die heute schon sehr lange haben warten müssen, alle wieder zur nächsten Sitzung einladen müssten. Die Redeliste ist lang. Wir haben dann sowieso das Wortprotokoll, werden also vertagen, und könnten dann die politische Aussprache, die über das hinausgeht, was gegebenenfalls bei Ihnen an Fragen auf dem Zettel ist, in der nächsten Sitzung nach Vorlage des Wortprotokolls ohne die Anzuhörenden, aber gern mit dem angekündigten Statement des Staatssekretärs und gegebenenfalls weiteren Ausführungen der Senatsverwaltung angehen. Findet das Ihre Zustimmung? Gibt es überhaupt noch Fragen? – Dann haben jetzt alle Fraktionen einmal das Wort; aber bitte nur kurz, eine Minute fragen, damit die Anzuhörenden noch die Möglichkeit zu antworten haben. – Danke!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Ich fange an: Erst mal vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Schilderungen! Ich glaube, es ist sehr gut, dass es in den letzten Jahren einen Austausch mit den Behörden gegeben hat, der ausgeweitet wurde, und dass dort eine Öffnung passiert ist. Da sind wir ein bisschen weiter als andere Bundesländer. Das hängt vielleicht auch mit dieser aktiven NGO-Landschaft in Berlin zusammen, aber vielleicht auch damit, dass die Behörden hier etwas offener sind, sich diesem Thema zu öffnen, oder es etwas früher getan haben als in anderen Ländern, auch wenn sich jetzt gerade neue Probleme auftun, auf die ich gleich kurz zu sprechen kommen will.

Ich habe eine Frage in Richtung unseres Koalitionsvertrages: Wir haben uns in ein paar Punkten vorgenommen, den Kampf gegen Hasskriminalität und Queerfeindlichkeit zu verbessern. Das wollen wir im Austausch mit Ihnen tun. Insofern habe ich zum einen die Frage bezüglich der Aus- und Fortbildung in den Behörden, inwieweit es aus Ihrer Sicht – Herr Finke, Sie haben gesagt, Sie wirken als MANEO auch an der Polizeiakademie mit, da gibt es sicher noch verschiedene Kanäle – noch Verbesserungsbedarf oder -potenzial gibt, gerade beim Thema Sensibilisierung und Kompetenzerwerb in den Sicherheitsbehörden, das weiter zu verstärken und zu verbreitern.

Über die PKS haben wir lange gesprochen; dazu hatten Sie auch einige Anmerkungen. Ich bin froh, dass der Senat mit Blick auf die IMK tätig wird, weil das auch ein Bund-Länder-Thema ist. Vieles wird einheitlich gemacht, nichtsdestotrotz kann Berlin in einigen Punkten über das hinausgehen, was in der IMK an Erfassungskriterien und so weiter festgelegt wird, und das tut es auch. Insofern habe ich die Frage: Was könnte Berlin noch zusätzlich machen, um die Erfassung von Dingen wie Queerfeindlichkeit oder auch Lesbenfeindlichkeit, wie Sie es angesprochen hatten, Herr Schreiber, in der PKS weiter zu verbessern, damit wir einen genaueres Bild hinkommen?

Vorsitzender Alexander Herrmann: Mit Blick auf die Uhr, Herr Schrader: Ich hatte ausdrücklich nur Fragen erbeten und Ihnen eine Minute eingeräumt. Die Aussprache machen wir beim nächsten Mal, sonst kommen die Kollegen nicht mehr zu Wort.

Niklas Schrader (LINKE): Ich versuche, mich kurzzufassen. – Zum Thema Austausch von Informationen: Ich kann Ihnen für die Koalition zusagen, dass wir uns das auf den Zettel genommen haben. Ich habe schon seit längerem versucht, über schriftliche Anfragen zu erlangen, was mir an Informationen fehlt.

Ich habe noch die Frage an den Senat: Wie kann es aus Ihrer Sicht zusammenkommen, dass auf der einen Seite der Austausch mit den entsprechenden Organisationen nicht mehr so stattfindet, es auf der anderen Seite aber Pressemitteilungen der Berliner Polizei gibt? Gerade heute Vormittag habe ich wieder eine gesehen, die getwittert wurde, die sehr genau einen Tathergang schildert, einen Tatort mit Straßennennung und den Übergriff auf andere Personen. Irgendwie scheint es ja einen Weg zu geben, Informationen herauszugeben. Mir will noch nicht so richtig in den Kopf, warum es dieses Hindernis dann an anderer Stelle gibt; vielleicht können Sie mir das erklären. Wir wollen ja nur, dass wir eine Lösung finden. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir gemeinsam eine Lösung finden müssen, damit der Austausch, der ja für beide Seiten sehr fruchtbar ist, wieder weitergehen kann.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Schrader!

Niklas Schrader (LINKE): Kurze letzte Frage –

Vorsitzender Alexander Herrmann: Nein, ich entziehe Ihnen das Wort. Wir kommen sonst nicht durch, Herr Schrader.

Niklas Schrader (LINKE): Ich stelle Fragen.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Ich bitte einfach um kollegiales Verständnis auch gegenüber den weiteren Rednern, die sich schon angemeldet haben. Ich hatte Sie ja einmal ermahnt, und Sie kommen weiter mit Statements.

Niklas Schrader (LINKE): Die Verabredung war, Fragen zu stellen. Etwas anderes tue ich jetzt hier nicht.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Lassen Sie uns in der Sache weiterkommen. Das Thema ist zu wichtig dafür. – Herr Jotzo hat jetzt das Wort!

Niklas Schrader (LINKE): Wenn das Thema ist so wichtig, verstehe ich das jetzt nicht, Herr Vorsitzender!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank! – Dann schließe ich mich gleich dort an, wo die Linke aufgehört hat: bei der Frage des Datenaustauschs. Ich danke den Anzuhörenden auch vonseiten der FDP-Fraktion! Die Hinweise werden wir gern aufnehmen, insbesondere vom LSVD zur Finanzierung der Träger. Die Frage bezieht sich aber auch auf die Datenaustauschgrundlage. Ich nehme an – das richtet sich insbesondere in die Verwaltung –, dass wir hier einer gesetzlichen Regelung bedürfen, um das sicherzustellen. Die Frage ist dann, ob die Verwaltung sich insoweit schon Gedanken gemacht hat, mit welcher ganz konkreten gesetzlichen Grundlage wir hier entsprechende Rechtsgrundlagen für einen solchen Austausch für anerkannte Trägerinnen und Träger in dem Bereich machen können, damit wir wirksam gegen querverfeindliche Gewalt vorgehen können.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Jotzo! – Herr Schreiber, bitte sehr!

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Eine Minute, drei Anmerkungen. Erstens: Herzlichen Dank, nicht nur für das Vortragen heute an alle drei, sondern auch an alle anderen, die

seit Jahren und Jahrzehnten in dem Themenfeld unterwegs sind, die ehrenamtlich Präventionsarbeit leisten und viele Menschen, die Opfer von Straftaten geworden sind, lange und intensiv begleiten und ihnen eine wichtige Stütze sind! – Das wollte ich hier wenigstens einmal erwähnen.

Zweitens, an alle drei gerichtet, zur pandemischen Situation: Wie hat sich das Thema Hasskriminalität und Queerfeindlichkeit aus Ihrer Sicht in den letzten zwei Jahren noch mal anders manifestiert? Gibt es besondere Phänomenbereiche, Verstärkungen in bestimmten Bereichen? Ist etwas anderes abgeebbt?

Einen letzten Punkt will ich auch noch mal aufgreifen: Wie wirkt sich das Thema Austauschsperrung auf Ihre Arbeit konkret aus? Herr Finke hat es angedeutet, Herr Schreiber vom LSVD auch. Heißt das im Kern, dass Sie Ihre Arbeit in der Frage dann eigentlich einstellen müssen? – Das noch dazu. Die Kürzungsgeschichten sind, soweit ich weiß, vom Tisch.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Schreiber! – Auf der Rednerliste ist Herr Franco. – Bitte sehr!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden! – Ich habe zwei Rückfragen, einmal an Frau von Knoblauch: Sie haben die Sensibilisierung der Polizei angesprochen. Wie ist das insbesondere bei Opfern oder Personen, die trans oder nichtbinär sind, da diese Personen, wenn sie Opfer geworden ist, vielleicht eine besondere Hemmschwelle und Angst vor einer Kriminalisierung haben? Welche Strategien streben Sie dazu an?

Die zweite Frage geht an Herrn Schreiber und Herrn Finke, auch hier zum Opferschutz: Sie haben ja gesagt, mehr Sichtbarkeit kann auch zu mehr Vorfällen führen, und es wächst auch die Bereitschaft zu Anzeigen. Wo sehen Sie gerade in Ihrer Arbeit mit Opfern von queerfeindlicher Gewalt den Bedarf, der an Sie herangetragen wird? – Ich frage, damit wir einen effektiven Opferschutz gewährleisten beziehungsweise verbessern können.

Als Letztes an dieser Stelle die Feststellung, dass ich durchaus einen politischen Konsens sehe, die Arbeit der Polizei mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu ermöglichen. Meine Bitte an den Senat wäre, die rechtlichen Hürden auszuräumen, um Daten in anonymisierter oder pseudonymisierter Form zur Verfügung stellen zu können. Wir würden das von Koalitionsseite politisch unterstützen.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Franco! – Herr Balzer, bitte sehr!

Frank Balzer (CDU): Herr Vorsitzender, danke schön! – Liebe Anzuhörende, ich bedanke mich ebenfalls für Ihre Arbeit. Ich bedanke mich für Ihre Vorträge und für Ihr gesellschaftspolitisch so wichtiges Engagement. Ich möchte gern den Kontakt mit Ihnen aufnehmen und die Diskussion fortführen. Ich habe die Frage, die sich an den Senat richtet, wie es jetzt dazu gekommen ist, dass diese Informationsweitergabe nicht mehr möglich sein soll. Mir liegen im Augenblick noch zu wenige Informationen dazu vor. Die Senatorin hat deutlich gemacht, was es an Angeboten, an Arbeit der Polizei bereits gibt. Mich interessiert, was Sie als Träger hier im Land Berlin an Verbesserungsmöglichkeiten sehen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Balzer! – Die letzte Minute für Herrn Vallendar. – Bitte sehr!

Marc Vallendar (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Meine Frage bezieht sich auf die Datenerfassung von queerfeindlichen Angriffen und Übergriffen bei Ihren Organisationen. Erfassen Sie Daten hinsichtlich der Motivlage der Übergriffe? Gibt es also auch eine Erfassung hinsichtlich religiöser Motivation, Stichwort christlicher oder islamischer Fundamentalismus, Islamismus? Haben Sie dazu Zahlen, Daten oder Fakten, die Sie uns mitteilen können? – Danke!

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank! – Dann kommen wir noch mal zu unseren drei Anzuhörenden. Ich würde auch hier wieder mit Herrn Finke und Herrn Schreiber beginnen. Sie haben die Fragen vernommen und sich sicherlich untereinander kurz abgestimmt, wie Sie die Antworten hier geben. Wer möchte anfangen? – Herr Finke, bitte sehr!

Bastian Finke (Leiter von MANEO – Das schwule Anti-Gewalt Projekt in Berlin): Zur Frage von Herrn Schrader, was noch zu empfehlen sein kann, um die Kooperation zu verbessern, gerade in Richtung IMK: Auf jeden Fall – das habe ich auch in einer Anhörung des Innenausschusses im Bundestag deutlich gemacht – muss es verbesserte Kooperationsformen, auch in allen anderen Bundesländern, zwischen NGOs und der Polizei geben, so wie wir das hier in Berlin aufgebaut und entwickelt haben. Dieses Format, von dem ich vorhin gesprochen habe, ist ja gerade der erfolgreiche Ausdruck dessen, dass wir hier in Berlin mit steigenden Zahlen arbeiten können. Wir arbeiten unter anderem proaktiv, das heißt, wir warten nicht nur darauf, dass Betroffene zu uns kommen, sondern wir gehen proaktiv in den unterschiedlichen Szenen auf sie zu, sind auch oft nachts unterwegs, suchen die Kommunikation an Szenetreffpunkten. Dafür bedarf es aber auch stabiler NGOs und Beratungsstellen. Diese stabilen Organisationen gibt es leider in der übrigen Republik viel zu wenig. Deshalb sind auch die Zahlen entsprechend, denn wenn die Polizei nur darauf wartet, dass Fälle kommen, reicht das eben nicht. Wir brauchen immer auch die zivilgesellschaftlichen Akteure.

Es gab die Frage bezüglich der Polizeipressemeldung. – Uns wurde vom Datenschutzbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft erklärt, dass hier das Pressegesetz drübersteht. Deshalb gibt es natürlich weiter diese Pressemeldungen. – Dann übergebe ich erst mal an Christopher Schreiber. Ich muss mir die zweite Frage noch überlegen.

Christopher Schreiber (Geschäftsführer Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg e. V.): Danke, lieber Bastian! – Ich habe für mich vor allen Dingen zwei Fragen herausgepickt. Das betrifft einmal die bessere Erfassung und zum anderen die Auswirkung der pandemischen Situation. Zur Erfassung möchte ich noch mal sagen, dass wir uns Gedanken machen müssen, ob die bisherige Einteilung unter die politisch motivierte Hasskriminalität wirklich alle Aspekte queerfeindlicher Gewalt erfassen kann. Ich hatte ja eben ausgeführt, dass wir gerade bei der Gewalt, die lesbische und bisexuelle Frauen betrifft, eine starke Verschränkung von sexistischer Gewalt und Homophobie haben. Ich verweise dazu noch mal auf das Berliner Monitoring zu dem Thema mit dem Schwerpunkt lesbenfeindliche Gewalt, wo gezeigt wird, dass eine Mehrzahl der Gewalt – ob lesbenfeindlich oder speziell gegen schwule Männer gerichtet – im öffentlichen Raum stattfindet und dort ein Großteil der Gewalterfahrungen der Frauen auf Anmache im Vorbeigehen und auf heterosexuelle Anmache zurückzuführen ist. Das sind Erfahrungen, die Frauen unterschiedslos von ihrer Sexualität machen. Die sind sehr

allgemein und werden dadurch nicht immer gut erfasst. Außerdem kommt noch hinzu, dass das Phänomen Sexismus und sexistische Anmache so umfassend ist, dass viele Frauen das leider Gottes so hinnehmen und nicht zur Anzeige bringen. Wir müssen schauen, dass wir unsere Erfassungskriterien nachschärfen und die Intersektion zwischen der sexualisierten Gewalt, die erfasst wird, und der politisch motivierten Hasskriminalität suchen.

Zur Auswirkung der pandemischen Situation möchte ich sagen, dass wir hier vor allen Dingen in unserer Beratung für geflüchtete Personen und Personen mit Migrationshintergrund einen Anstieg in den Beratungszahlen gesehen haben. Das hängt damit zusammen, dass viele Personen in häuslichen Situationen leben, die belastend sind und die in ihrer Belastung dann zugenommen haben, sodass wir hier einen deutlichen Anstieg verzeichnet haben, auch im Bereich unserer Krisenwohnung, die seit 2019 die erste und einzige Krisenwohnung bundesweit für Opfer von häuslicher Gewalt im queeren Bereich darstellt. Auch dort sind die Anfragezahlen extrem hoch. Wir können nicht alle Anfragen für die Krisenwohnung bedienen. Insofern ist es wichtig, dass der Senat auch das Krisenwohnungsangebot stärkt.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Herr Schreiber! – Dann gab es noch eine Frage in Richtung von Frau von Knoblauch. – Bitte!

Anne von Knoblauch (LKA Prä v 1; Ansprechperson der Polizei Berlin für LSBTI) [zugeschaltet]: Ich habe mir zwei Fragen aufgeschrieben. Die eine war von Herrn Schreiber, in welchem Bereich wir trotz der Pandemie eine Steigerung der Fallzahlen haben. Es hat ja kein öffentliches Leben stattgefunden, zumindest zum größten Teil, in den letzten zwei Jahren, Veranstaltungen haben nicht stattgefunden. – Wir haben eine ganz erhebliche Verlagerung ins Internet wahrgenommen, also Hatespeech und Hasskommentare, und auch Streitigkeiten und Unstimmigkeiten in der Nachbarschaft.

Dann habe ich mir die Frage von Herrn Franco zu Transpersonen, nonbinären Menschen, die auf eine Polizeidienststelle, einen Polizeiabschnitt kommen, aufgeschrieben. – Hier werden wir natürlich sensibilisierend auf die Nachwuchskräfte, die Kolleginnen und Kollegen, einwirken, damit die Ansprache funktioniert, damit man die Menschen so anspricht, wie sie es möchten und wünschen, sodass das Personal entsprechend geschult ist. Weiterhin müssen, wenn es um Transmenschen geht, die Durchsuchungen so geschehen, wie die Person das gern hätte, also vom männlichen oder weiblichen Geschlecht.

Wenn es noch mal um die Zahlen geht – wenn ich das von Herrn Vallendar richtig aufgeschrieben habe –, würde ich ganz spontan an Frau Balke weiterreichen; dann haben wir diese Frage auch beantwortet. Sie ist die Expertin, wenn es um Zahlen geht.

Corinna Balke (LKA Berlin) [zugeschaltet]: Guten Tag! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! In der polizeilichen Kriminalstatistik werden keinerlei Motive zu Taten erfasst. Es wird weder die sexuelle Orientierung noch die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Das passiert alleine im Bereich der politisch motivierten Kriminalität. Dort gibt es die angesprochenen Kategorien, die Herr Vallendar genannt hat. Mehr kann ich jetzt dazu auch erst mal nicht sagen.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank, Frau Balke! Vielen Dank, Frau von Knoblauch! – Dann gab es noch Nachfragen an den Senat. Ich blicke aber auf die Uhr; wir

haben es jetzt 12.15 Uhr, das ist die letzte Karenzzeit, die uns bleibt, weil der Raum, wie wir eingangs mitgeteilt haben, weiter genutzt wird. Wir werden den Tagesordnungspunkt bis zur Vorlage des Wortprotokolls vertagen. – [Zuruf von Tom Schreiber (SPD)] – Wir brauchen sowieso das Wortprotokoll und werden dann erst entscheiden, wie es weitergeht. So haben wir uns vorhin verständigt, Herr Schreiber. – Herr Finke hat noch eine Anmerkung. Eigentlich sind wir jetzt schon durch. – Wenn es ganz schnell geht, bitte sehr!

Bastian Finke (Leiter von MANEO – Das schwule Anti-Gewalt Projekt in Berlin): Es betraf eigentlich den Punkt, den Frau von Knoblauch auch schon angesprochen hatte. Tom Schreiber hat nach Veränderungen gefragt. – Ja, wir haben zum Vorjahr 2020 sehr deutliche Veränderungen der Tatörtlichkeiten einerseits hin in die Internetkriminalität, andererseits in den sozialen Nahbereich festgestellt. Dazu gehören auch Verbindungen zu sexuellen Übergriffen. Das betrifft nicht nur lesbische Frauen. Es betrifft bedauerlicherweise auch schwule Männer im öffentlichen Straßenland, bei denen wir beispielsweise bei uns im Regenbogenkiez eine Vielzahl an Vorfällen feststellen müssen.

Vorsitzender Alexander Herrmann: Vielen Dank! – Dann noch mal der Hinweis auf die Vertagung bis zur Vorlage des Wortprotokolls und der Auswertung durch die Fraktionen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0026](#)
InnSichO
Bilanz des Demonstrationsgeschehens zum 1. Mai 2022 durch die Polizei Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0029](#)
InnSichO
Bilanz des 1. Mai 2022
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0014](#)
Vorbereitung auf den Fall einer kriegerischen
Auseinandersetzung – Bevölkerungsschutz und
Resilienz der kritischen Infrastruktur in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der FDP) InnSichO
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0018](#)
Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine
für Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) InnSichO

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *